

TEIL A: PLANZEICHNUNG M 1 : 1 000

FESTSETZUNGEN		Rechtsgrundlagen
1. Art der baulichen Nutzung		
	Sondergebiet, das der Erholung dient: Campingplatzgebiet / Sommerstandplätze	§ 9(1)Nr.1 BauGB § 10 BauNVO
	Anmeldung, Laden, Restaurant	
	Sanitäre Anlagen	
	Standplätze Wohnmobile	§ 9(1)Nr.1 BauGB
	Standplätze für Wohnwagen	§ 10 BauNVO
	Standplätze für Zelte	
2. Maß der baulichen Nutzung		
	Maximale Grundfläche in m², hier 100 m²	§ 16(2)Nr.1 BauNVO
	Zahl der Vollgeschosse, hier 1 Vollgeschoß	§ 16(2)Nr.3 BauNVO
	Max. zulässige Standplatzzahl innerhalb Teilgebiet, hier 18 Pl.	§ 16 BauNVO
	Mindestgröße der Standplätze in m², hier 120 m²	
3. Bauweise		
	Offene Bauweise	§ 22(2) BauNVO
	Baugrenze	§ 23(3) BauNVO
4. Verkehrsflächen		
	Straßenverkehrsfläche	§ 9(1)Nr.11 BauGB
	Straßenbegrenzungslinie	§ 9(1)Nr.11 BauGB
5. Flächen für Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung		
	Abfall	§ 9(1)Nr.14 BauGB
	Abwasser, biologische Kläranlage	§ 9(1)Nr.14 BauGB
6. Grünflächen		
	Private Grünflächen	§ 9(1)Nr.15 BauGB
	Zweckbestimmung: Kinderspielplatz	§ 9(1)Nr.15 BauGB
	Spielwiese	§ 9(1)Nr.15 BauGB
	Gemeinschaftsfläche zum Aufenthalt	§ 9(1)Nr.15 BauGB
	Öffentliche Grünfläche	§ 9(1)Nr.15 BauGB
	Zweckbestimmung: Naturbelassene Fläche	
7. Flächen für die Landwirtschaft und für Wald		
	Flächen für die Landwirtschaft	§ 9(1)Nr.18 BauGB
	Flächen für Wald	§ 9(1)Nr.18 BauGB

8. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft		
	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	§ 9(1)Nr.20 BauGB
9. Pflanzgebot für Bäume und Sträucher		
	Pflanzgebot für Bäume	§ 9(1)Nr.25a BauGB
	Pflanzgebot für Sträucher	§ 9(1)Nr.25a BauGB
	Pflanzgebot für Hecken	§ 9(1)Nr.25a BauGB
	Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	§ 9(1)Nr.25a BauGB
10. Erhaltungsgebot für Bäume und Sträucher		
	Erhaltung von Bäumen	§ 9(1)Nr.25b BauGB
	Erhaltung von Sträuchern	§ 9(1)Nr.25b BauGB
11. Räumlicher Geltungsbereich		
	Grenzen der räumlichen Teilgeltungsbereiche I und II	§ 9(7) BauGB
12. Planzeichen ohne Normcharakter		
	Gewässer und Erholungsschutzstreifen 100 m	§ 11 LNatSchG
	Deichschutzstreifen 50 m	§ 80(1)Nr.1 LWG
	Umgrenzung von Flächen für Stellplätze	§ 9(1)Nr.4 BauGB
	Begrenzungslinie Hauptwege	
	Begrenzungslinie Nebenwege	
	Fußweg	
	Richtungsverkehr	
	Schranke	
	künftig entfallende Grundstücksgrenze	
13. Zeichen der Plangrundlage (Vermessungsplan):		

	Flurstücksgrenze		Graben		Schachtdeckel		Nadelbäume
	Nutzungsgrenze		Buschwerk		Straßenlampe		Laubbäume
	Zaun		Lichtfalle		Schaltkasten		Leitungsmast
	Hecke		Verkehrsschilder		Schaltkasten mit Straßenlampe		Wasserschieber
	Boschung		Flurgrenze		Baum		Höhe UNN

VERFAHRENSVERMERKE

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 18.2.1993. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck in dem Fehmarnschen Tageblatt am erfolgt und in den Lübecker Nachrichten am 07.04.1995.
- Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs.1 Satz 1 BauGB wurde am 25.4.1995 durchgeführt.
- Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 7.4.1995 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
- Die Gemeindevertretung hat am 12.12.1995 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom bis während folgender Zeiten (werktags von 8:00 bis 12:00 Uhr) nach § 3 Abs.2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, daß Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am im Fehmarnschen Tageblatt ortsüblich bekanntgemacht.
- Der katastermäßige Bestand am 1.1.1995 wurde die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden der Öffentlichkeit bekanntgemacht.
- Die Gemeindevertretung hat die vorgeschlagenen Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.

- Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde nach der öffentlichen Auslegung (Nr. 5) geändert. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom bis während folgender Zeiten (werktags von 8:00 bis 12:00 Uhr) erneut öffentlich ausgelegen. (Dabei wurde bestimmt, daß Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden konnten). Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, daß Anregungen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift geltend gemacht werden können, am im Fehmarnschen Tageblatt ortsüblich bekanntgemacht.
- In ihrer Sitzung am beschloß die Gemeindevertretung der Gemeinde Bannesdorf a.F. die Umstellung des Verfahrens gem. § 233 Abs. 1 Satz 2 BauGB '97 auf das BauGB '97.
- Die Gemeindevertretung hat den Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) am als Satzung beschlossen und die Begründung durch Beschluß gebilligt.
- Der Beschluß des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung und die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Sprechstunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt, sind am ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung einschließlich der sich ergebenden Rechtsfolgen (§ 215 Abs.2 BauGB) sowie auf die Möglichkeit, Entschädigungsansprüche geltend zu machen und das Erlöschen dieser Ansprüche (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Auf die Rechtswirkungen des § 4 Abs. 3 GO wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mit ihm am in Kraft getreten.

TEIL B: TEXT

1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft § 9 (1) Nr. 20 BauGB

Innerhalb der Öffentlichen Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Naturbelassene Fläche" sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Die Fläche ist der natürlichen Entwicklung zu überlassen. Pflege und Unterhaltungsarbeiten beschränken sich auf das unbedingt notwendige Maß.
- Innerhalb der Fläche ist eine flächige Gehölzpflanzung aus standortgerechten und ortstypischen Laubgehölzen durchzuführen. Die Pflanzdichte beträgt eine Pflanze je 2 m². Mindestqualität: Heister bzw. Sträucher o. B., 60 - 100 bzw. 100 - 125.
- Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmittel ist unzulässig.

Innerhalb der Fläche für die Landwirtschaft sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Die Fläche ist mit einer den Standortbedingungen angepaßten Saatgutmischung zu begrünen.
- Die Pflege erfolgt durch ein- bzw. zweimalige Mahd im Jahr oder durch extensive Beweidung (max 1 Großvieheinheit pro Hektar).
- Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmittel ist unzulässig.

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 (1) Nr. 25a BauGB

Für die im Entwurf dargestellten Anpflanzangebote sind standortgerechte und ortstypische Laubgehölze zu verwenden.

Mindestqualität Einzelbäume: Hochstamm, 3xv, 16-18 Stammumfang; Mindestqualität Hecken und knickartige Gehölzstreifen: Heister bzw. Sträucher o.B. 60-100 bzw. 100-125

II. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN § 9(4) BauGB, § 92 LBO

Fahrwege zur Erschließung des Campingplatzes

Die Fahrwege sind mit Schotterrasen oder mit andern versickerungsfähigen Oberflächen zu befestigen. Die Hauptwege sind in einer Breite von 5,5m oder 3,3m mit Richtungsverkehr auszuführen. Die Befestigung der Campingplatz-Einfahrt ist dem Belag der öffentlichen Straßenverkehrsfläche anzupassen.

Besucherstellplätze

Die Befestigung der Besucherstellplätze ist mit Schotterrasen oder andern versickerungsfähigen Oberflächen vorzunehmen.

Gas- bzw. Ölanlagen

Behälter für Gas und Öl dürfen nur innerhalb geschlossener Räume oder innerhalb fest verschließbarer Umzäunungen aufgestellt werden.

Gestaltung der Stand- und Zeltplätze

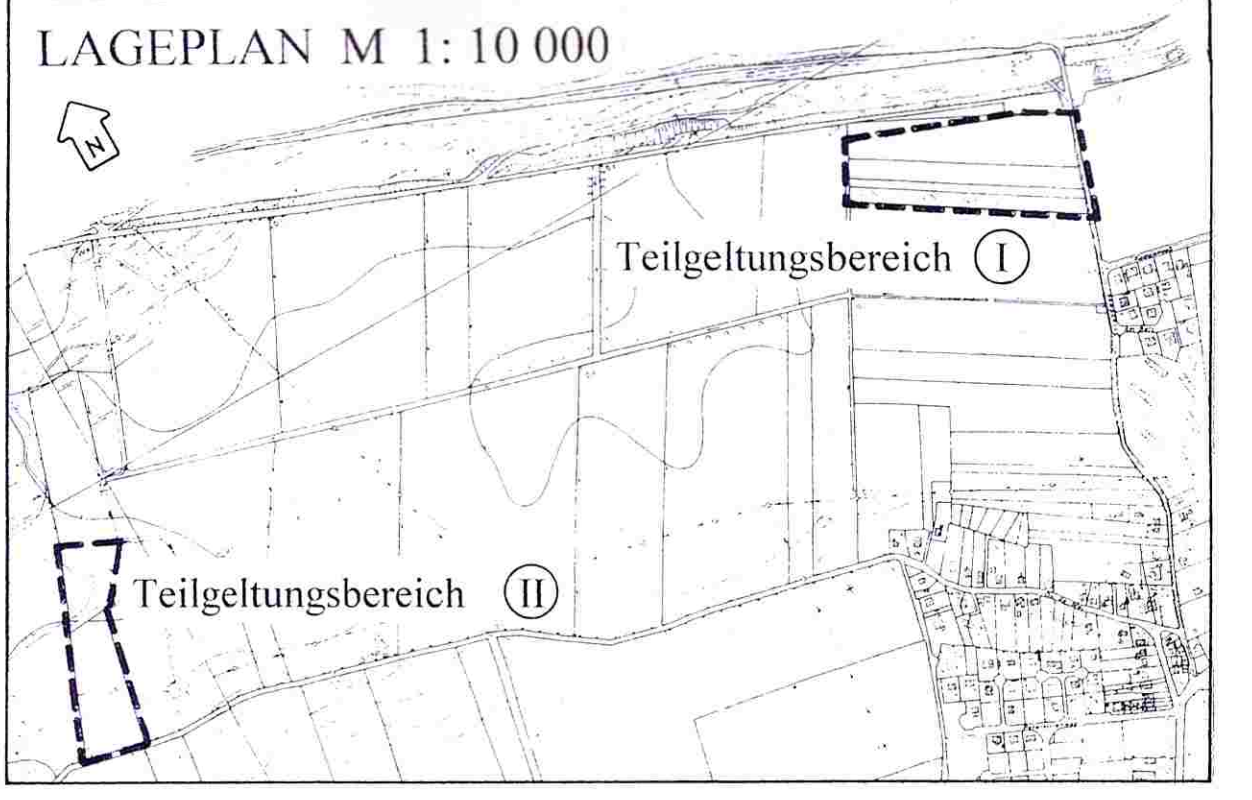
Die Wohnwagen müssen so beschaffen und aufgestellt sein, daß sie jederzeit ortsveränderlich sind. An- und Umbauten, wie feste Sockelverkleidungen, Schutzdächer, Vorbauten und Holzlechtsäune sind nicht zulässig. Das Aufstellen von Wohnwagen in der Zeit vom 1. November bis 31. März ist nicht zulässig. Die Oberfläche der Standplätze ist in Rasen auszuführen.

Stellplätze für bewegliche Abfallbehälter

Die Container-Stellflächen sind zu pflastern. Der Bereich ist mit einer Sichtschutzpflanzung (Hecke) abzuschirmen.

HINWEISE

Für diesen Bebauungsplan gelten die Bestimmungen der Landesbauordnung (LBO) und der Baunutzungsverordnung in der Fassung 23.1.1990. Die gestalterischen Absichten zu den Freiflächen werden im Grünordnungsplan erläutert, der diesem Bebauungsplan als Anlage beigelegt wird.



GEMEINDE BANNESDORF
BEBAUUNGSPLAN NR.16
STAND NOVEMBER 1998 (NACHTRAG MAI 1999)

SATZUNG DER GEMEINDE BANNESDORF ÜBER DEN
BEBAUUNGSPLAN NR. 16 FÜR DEN CAMPINGPLATZ
PUTTGARDEN AM STRANDWEG NÖRDLICH DES
ORTSGEBIETES

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.August 1997 (BGBl. I S.2141) sowie nach § 92 der Landesbauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.7.1994 (GVOBl. Sch.-H. S. 321) wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr.16 für den Campingplatz Puttgarden am Strandweg nördlich des Ortsgebietes (Teilgeltungsbereich I) sowie die Fläche für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nördlich des Weges Op de Wei (Teilgeltungsbereich II) bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) erlassen: